



Heidrun Bluhm

Mitglied des
Deutschen Bundestages

- Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- Mitglied und Obfrau im Petitionsausschuss
- stellv. Mitglied im Haushaltsausschuss

Impressum:

Deutscher Bundestag
Büro Heidrun Bluhm
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 22770258

Fax: 030 22778155

E-Mail: heidrun.bluhm@bundestag.de

www.heidrun-bluhm.de

V.i.S.d.P.: Heidrun Bluhm

G8-Gipfel: Friedlicher Protest für eine bessere Welt

Vom 6.–8. Juni 2007 findet in Heiligendamm bei Rostock der Gipfel der acht mächtigsten Industriestaaten (Gruppe der Acht, G8) statt. Hinter Stacheldraht und dem größten Polizeiaufgebot, das Mecklenburg-Vorpommern je erlebte, schotten sich die Regierungschefs der G8-Staaten ab. Die Arbeiten für den Bau des 12,5 Millionen Euro teuren Sicherheitszaunes um den gesamten Tagungsort haben kürzlich begonnen. Die G8 stehen für eine sozial ungerechte, ökologisch unverantwortliche und militaristisch imperiale Politik. Die Globalisierung wird von vielen politisch Verantwortlichen als ein zwangsläufiges Naturgesetz dargestellt. Meist steht dahinter die Absicht, neoliberale Interessen durchzusetzen und sich aus der gesellschaftlichen Verantwortung zu stehlen. Das etablierte internationale Finanzsystem nützt den globalen Eliten und schadet der Mehrheit der Weltbevölkerung. Es gilt politische Handlungsspielräume zurück zu gewinnen und das Primat der Ökonomie zu brechen.

Krieg und Menschenrechtsverletzungen, Umwelterstörung, Sozialabbau, Steuergeschenke für Reiche und Konzernhörigkeit sowie die Tatsache, dass sich der reiche „Norden“ auf Kosten des „Südens“ weiter bereichert: All dies sind Ergebnisse einer ungerechten Politik. Die Menschen erwarten einen Richtungswechsel

und fordern die Verantwortlichen auf, effektive Maßnahmen zu ergreifen. Wir wünschen uns vielfältigste Formen friedlichen Protestes, damit die Protestbewegung mit ihren politischen Botschaften durchdringt.

Aber nicht nur den globalen Blick gilt es zu schärfen. Mit den geschätzten 92 Millionen Euro Gesamtaustragungskosten für den Gipfel könnten eine Vielzahl sinnvoller Projekte in MV unterstützt werden. Wie hoch die tatsächlichen Kosten des Gipfels sein werden, weiß keiner exakt vorherzusagen.

Menschen aus der ganzen Welt wollen ein Zeichen setzen: Sie protestieren und zeigen Alternativen zu einer vermeintlich alternativen Globalisierung auf. Friedlicher und fantasievoller Protest gegen die ungerechte Politik der selbsternannten Weltregierung ist ein legitimes Mittel, um für eigene Alternativen zu werben. Die Linkspartei. beteiligt sich gemeinsam mit attac und regionalen Initiativen aktiv an der Arbeit in den Bündnissen. Der Protest wird auch von mir unterstützt. Viele Hintergrundberichte und alle Termine (etwa der „Alternativgipfel“ vom 5. bis 7. Juni sowie eine Aktionskonferenz vom 10. bis 12. November 2006 in Rostock) der Globalisierungsgegner finden sich im Internet unter www.g8-2007.de und www.attac.de/heiligendamm07.

Acht Euro Mindestlohn – Armut trotz Arbeit wirksam bekämpfen

In Deutschland arbeiten rund 2,7 Millionen Frauen und rund 1,1 Millionen Männer für Löhne unterhalb der Armutsgrenze. Dieser Zustand ist für DIE LINKE unannehmbar. Ein gesetzlicher Mindestlohn – wie ihn DIE LINKE fordert – würde verhindern, dass Menschen zu Hungerlöhnen arbeiten müssen und damit kaum ihre Existenz sichern können. Besonders eine Vollzeitwerbsarbeit muss auch den Lebensunterhalt sichern können. Immer mehr Menschen in Deutschland bleiben als Geringverdiener auf der Strecke. Für sie und mit ihnen fordert die Fraktion DIE LINKE im Bundestag die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8 Euro pro Stunde. Dem stehen explodierende Unternehmensgewinne gegenüber. In immer mehr Branchen gibt es keine Tarifbindung. Die Gewerkschaften haben in vielen Regionen keine Durchsetzungsmacht zur Aushandlung armutssicherer Löhne mehr. Das gilt gerade für Ostdeutschland. Dadurch, dass alle Unternehmen den gleichen Lohn zahlen müssten, würden ruinöse Unterbietungswettläufe verhindert. Hinzu kommt, dass die Menschen mehr Geld für den privaten Konsum zur Verfügung hätten, so dass durch einen Mindestlohn auch die dringend notwendige Binnennachfrage angekurbelt würde. Nicht zuletzt wäre ein Mindestlohn sozial gerecht, weil er ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft in Arm und Reich begrenzen

würde. Hinzukommt: In vielen Ländern der EU gibt es seit langem Mindestlöhne, die dort sehr gut funktionieren und keinesfalls Arbeitsplätze vernichtet haben. Mit Österreich hat eines der letzten EU-Länder die Einführung eines Mindestlohns angekündigt. Warum soll ausgerechnet in Deutschland ein Mindestlohn nicht funktionieren? Da der erste Antrag der Fraktion DIE LINKE durch die Koalitionsfraktionen und durch FDP und Grüne abgelehnt wurde, hat die DIE LINKE in einer zweiten Stufe im Oktober 2006 einen neuen Antrag (16/1878) ins Parlament eingebracht, in dem ein konkreter Vorschlag für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unterbreitet wird. Eine Postkarte, mit der Bürgerinnen und Bürger diese Forderung unterstützen können, gibt es auf den Internetseiten www.8euro.de zum Download (oder schriftlich an: Aktionsbüro zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes – c/o Karl-Liebknecht-Haus – Weydinger Straße 14 – 16,10178 Berlin).

Nach der Wahl ist vor der Wahl – Die Linkspartei.PDS als stärkste Kraft in der Opposition

Die Landtagswahl am 17. September 2006 hat unsere Partei in die Opposition geschickt. Was ist da schief gelaufen? Haben wir im Wahlkampf in ausreichendem Maß deutlich machen können, welche positiven Veränderungen unsere Regierungsbeteiligung für die Menschen in MV gebracht hat? Wählerprozente hatten

wir ja nicht verloren, absolute Wählerstimmen schon. Haben wir unsere Schwerpunkte im Wahlkampf, wie die Weiterführung des längeren gemeinsamen Lernens, des weiteren Ausbaus der öffentlich geförderten Beschäftigung und den konsequenten Schutz unserer Umwelt an den Interessen der Wählerinnen und Wähler vorbei, falsch gewählt? Nein, das haben wir sicher nicht. Der sturzartige Wählerverlust der SPD hat die komfortable Mehrheit für Rot-Rot ins Wanken gebracht. Die Entscheidung für eine Rot-schwarze Regierung hat allein die SPD getroffen. Jetzt wird es unsere Hauptaufgabe sein, in der Opposition die jungen Pflänzchen linker Landespolitik aus den vergangenen acht Jahren zu verteidigen und zu bewahren. Haben wir die Regierungskoalition vor oder nach dem 17. September 2006 verloren? Sicher ist, dass das öffentliche Bild unserer Partei, in der Regierungsfrage nicht einig zu sein, nicht unbedingt zum Ausbau des Wählerpotenzials beigetragen hat.

Die WählerInnen, die uns ihre Stimme gegeben haben, taten dies in der Hoffnung, dass wir konsequent unserer politische Linie folgen und in der Regierung dafür eintreten. Nur ist Regieren an sich kein Wert. Auch die Oppositionsrolle muss gelernt sein. Das können wir auch. Die neue Legislatur hat begonnen und wir müssen sofort damit anfangen, unsere alternativen Konzepte für unser Land den Wählerinnen und Wählern für 2011 zu erklären, meint Ihre

